

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.18/19 - 62. Jahrgang

29. September 2012



Rosa-Luxemburg-Steg

Ehrung für Rosa Luxemburg

Gemeinsam haben Stadtentwicklungs-senator Michael Müller und der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß die Fußgängerbrücke im Tiergarten nach Rosa Luxemburg benannt. „Mit der Umbenennung der Brücke ehren wir die Geschichte der Arbeiterbewegung“, so Stöß.

Der Ort ist eng mit Rosa Luxemburg verbunden: An dieser Stelle wurde nach ihrer Verhaftung, Folter und Ermordung durch rechtsradikale Freikorps-Soldaten ihre Leiche am 15. Januar 1919 in den Landwehrkanal geworfen. „Rosa Luxemburg war eine wichtige Theoretikerin und Aktivistin der europäischen Arbeiterbewegung. Und sie war eines der ersten politischen Opfer rechter Gewalt. Ich begrüße es sehr, dass nun auf Beschluss von Senator Müller dieser historische Ort ihren Namen trägt“, so Jan Stöß.

„Rosa Luxemburg hat sich in und letztendlich mit ihrem Leben politisch eingesetzt“, sagte Stadtentwicklungs-senator Michael Müller. „Sie kämpfte für soziale Gerechtigkeit, als Pazifistin für den Frieden und gegen die Kriegspolitik und den Militarismus des beginnenden 20. Jahrhunderts. Sie war gradlinig und immer ihren Überzeugungen treu. Es ist wichtig, an die tragische Ermordung und den sich schon andeutenden rechten Terror zu erinnern, und zwar an dem sichtbarsten mit Rosa Luxemburg verbundenen Ort in Berlin.“

Rekommunalisierung:

Investitionen in die Zukunft

Durchbruch bei der Daseinsvorsorge - Wasserpreise sinken

Rückkauf eines Teils der Wasserbetriebe, eine Mehrheitsbeteiligung bei den Stromnetzen, Beschlüsse zur Zukunft des ICC, zum Bau der Tangentialverbindung Ost und der Nachnutzung Tegels - auf ein ganzes Bündel von Maßnahmen konnten sich die Fraktionen von SPD und CDU in dieser Woche einigen. In der SPD wurde vor allem der Durchbruch bei der Rekommunalisierung begrüßt.

„Berlin kann mit der Gründung eines landeseigenen Unternehmens ‚BerlinEnergie‘ bundesweit zu einem Leuchtturm der Rekommunalisierung werden“, so Berlins SPD-Landesvorsitzender Jan Stöß. Mit „BerlinEnergie“ wird sich das Land Berlin um die Konzession für die Berliner Stromnetze bewerben und dauerhaft eine Mehrheitsbeteiligung von mindestens 51% halten. Die Netze sollen eine dezentrale Energieeinspeisung ermöglichen und nachhaltig die Klimaschutzstrategie Berlins unterstützen.

„Mit diesen Entscheidungen“, so Stöß, „werden zentrale Vorhaben des Koalitions-



Zukunftsinvestitionen: Der Durchbruch bei der Daseinsvorsorge kommt der ganzen Stadt zugute.
Foto: Horb

vertrages zwischen SPD und CDU umgesetzt. Sie stellen auch eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik vergangener Jahrzehnte dar.“

Mit der Einigung, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, werde die Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskraft der Koalition deutlich. Das gute Verhandlungsergebnis zeige, dass sozialdemokratische Ziele wie die Rekommunalisierung in der jetzigen Konstellation umgesetzt werden könnten. **mehr auf Seite 3**

Reichtum besteuern

Aktionstag „umFairteilen“: Aufruf von SPD und Jusos

Für eine gerechtere Besteuerung von Einkommen und Vermögen, die Einführung einer Vermögenssteuer und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49% ab 100.000 EURO im Jahr setzen sich die Berliner SPD und die Jusos ein. Für den heutigen Sonnabend ruft die SPD deshalb zur Teilnahme am Aktionstag „umFAIRteilen - Reichtum besteuern“ auf.

Mit dem bundesweiten Aktionstag setzt sich ein breites Bündnis von Verbänden und Gewerkschaften dafür ein, dass Reiche „wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden“. Das Bündnis fordert eine höhere Besteuerung hoher Einnahmen und Vermögen durch ei-

ne Vermögenssteuer. Laut Entwurf des „Armut- und Reichtumsberichts“ der Bundesregierung besitzen die vermögensstärk-

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT NACH DEN
HERBSTFERIEN AM 20. OKTOBER 2012.
IHRE REDAKTION

sten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung mehr als die Hälfte des gesamtdeutschen Nettovermögens **BS □**

➡ Start ist an diesem Sonnabend um 11:30 am Potsdamer Platz, die Abschlusskundgebung ist ab 14:00 am Neptunbrunnen, nahe dem Roten Rathaus.



Gemeinsam mit Bezirksbürgermeister Heinz Buschokwsky war der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am 17. September im Anton-Schmaus-Haus in Berlin-Neukölln. Das Kinder- und Jugendzentrum der Falken ist seit Jahren Ziel von Beschmierungen, Zerstörungen und Brandanschlägen durch Nazis. Und immer wieder werden in Britz und Umgebung aktive Demokraten von Rechtsextremisten bedroht und angegriffen. Erst Ende August wurde ein 17-jähriges Mitglied der Falken in Britz brutal zusammengeschlagen. Sigmar Gabriel: „Das Anton-Schmaus-Haus muss nun mit einem Sicherheitszaun geschützt werden. Ich finde es zutiefst beschämend, dass man zu solchen Mitteln greifen muss, um die Kinder und Jugendlichen, die sich dort engagieren, zu schützen. Die Neuköllner Falken haben meine volle Unterstützung. Wir stehen zusammen gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Nur so können wir die Demokratie verteidigen. Das fängt schon im vermeintlich Kleinen an.“

Foto: Walde

Rente:

Verlässliche Alterssicherung

Beratung im Parteivorstand - Diskussion wird fortgesetzt

Der SPD-Parteivorstand hat am Montag nach ausführlicher Diskussion bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung ein Konzept zur Rentenpolitik beschlossen, dessen Ziel die Bekämpfung der Altersarmut ist. Über Fragen des künftigen Rentenniveaus und der Beitragsentwicklung - wie sie die Berliner SPD in ihrem Antrag anspricht - will die SPD noch weiter diskutieren. Über das Gesamtkonzept entscheiden am 24. November die Delegierten beim SPD-Parteikonvent.

Die Eckpunkte, die der SPD-Vorstand beschlossen hat, sehen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine tragende Säule der Alterssicherung. Zu den Bedingungen für eine verlässliche und gute Alterssicherung gehören gute Löhne im Arbeitsleben und Schutz für Menschen, die bislang außen vor blieben.

Damit macht die SPD einen wesentlichen Unterschied zur schwarz-gelben Bundesregierung deutlich: „Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen“, heißt es in dem fünfseitigen Papier. Deshalb muss auch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zwischen Frauen und Männern und im Bereich der Leih- und Zeitarbeit durchgesetzt werden. Die SPD will zudem mit einer wachstumsorientierten Industriepolitik, mehr Ausbildungsplätzen sowie besserer Bildung und Kinderbetreuung dafür sorgen, dass alle Menschen die Chance auf gute Arbeit und Einkommen haben.

Das Rentenkonzept sieht eine Solidarrente für alle vor, die lange gearbeitet haben, die höher als die Grundsicherung ist. Mit 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren sollen alle Menschen Anspruch auf eine Solidarrente haben: 850 Euro, finanziert aus Steuermitteln, damit die Beitragszahler nicht belastet werden. Und die so genannten „Solo-Selbstständigen“ sollen das Recht haben, in der gesetzlichen Rentenversicherung Mitglied zu sein.

Die SPD will für menschenwürdige Übergänge in den Ruhestand sorgen. So werden die Einführung einer Teilrente ab dem 60. Lebensjahr vorgeschlagen. Die vollen Altersbezüge soll es nach 45 Versicherungsjahren geben. Ergänzend wird eine bessere Förderung von Betriebsrenten vorgeschlagen. In Ost und West soll zudem das einheitliche Rentensystem kommen, heißt es in dem Papier.

Jetzt werden die Vorschläge in der SPD diskutiert. Die Berliner SPD berät ihr Konzept auf dem Landesparteiitag am 27. Oktober. Darin wird u.a. die Stabilisierung des derzeitigen Rentenniveaus durch moderate Beitragserhöhungen gefordert, um die bislang vorgesehene Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent zu verhindern.

Der Leitantrag der Berliner SPD fordert zudem, am Beschluss des Bundesparteiitags 2011 festzuhalten und den Einstieg in die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre auszusetzen. Zunächst müssten mehr altersgerechte Arbeitsplätze geschaffen werden. **BS □**

Spannende Gäste bei „Thierse trifft...“

Eine sozial engagierte Ärztin, gleich mehrere international bekannte Schriftsteller und eine Historikerin mit Berliner Wurzeln werden in der Gesprächsreihe „Thierse trifft...“ im Herbst und Winter zu Gast sein. Wolfgang Thierse begrüßt seine Gesprächspartner wieder im Soda-Salon / Club in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße in Berlin-Prenzlauer Berg. „Thierse trifft...“ beginnt jeweils um 19.30 Uhr. Der Eintritt ist frei. Die Termine im Überblick:

16. Oktober 2012. Friedrich Dieckmann, Schriftsteller und Herausgeber. Verfasser von Essays, Erzählungen und Radio-Features, Mitglied der Akademie der Künste Berlin und der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, ehem. Dramaturg am Berliner Ensemble.

23. Oktober 2012. Adolf Muschg, Schweizer Schriftsteller und Dichter, Mitglied der Akademie der Künste Berlin und der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. Neuerscheinung im Herbst 2012 ist der Roman „Löwenstern“.

6. November 2012. Dr. Jenny de la Torre-Castro, Ärztin, Leiterin des Gesundheitszentrums für Wohnungslose in Berlin-Mitte und Initiatorin der „Obdachlosenpraxis“, „Engel der Obdachlosen“ und Gründerin der Jenny de la Torre Stiftung für Wohnungslose in Berlin.

11. Dezember 2012. Prof. Dr. Helga Grebing, Historikerin, emeritierte Professorin mit Schwerpunkt Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung, ehem. Mitglied der Grundwertekommission und der Historischen Kommission der SPD. Autorin des neu erschienenen Buches „Freiheit, die ich meinte. Erinnerungen an Berlin“.

15. Januar 2013. Daniel Kehlmann, Schriftsteller, Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, bekannt u.a. durch das Buch „Ich und Kaminski“ sowie durch den Roman „Die Vermessung der Welt“, einem literarischen Welterfolg. **PM □**

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Rekommunalisierung:

Durchbruch bei der Daseinsvorsorge

Saleh und Stöß: Wichtige Beschlüsse für die Zukunft Berlins

Die von den Koalitionsfraktionen aus SPD und CDU vereinbarten Strukturentscheidungen sind in der Fraktion wie auch im Landesvorstand auf einhellige Zustimmung gestoßen. "Die Koalition", erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, "hat gemeinsam wichtige Beschlüsse für die Zukunft Berlins präsentiert."

Die Vereinbarungen sind in enger Abstimmung zwischen der Fraktion und dem Geschäftsführenden Landesvorstand der Berliner SPD getroffen worden, betonte der SPD-Landesvorsitzende Stöß. Am Mittwochabend billigte der SPD-Landesvorstand auf einer Sondersitzung das Verhandlungsergebnis.

Neben der geplanten Mehrheitsbeteiligung bei den Stromnetzen kauft das Land von RWE den ehemals teilprivatisierte Anteil der Berliner Wasserbetriebe zurück. Durch eine Neukalkulation der Wassertarife wird langfristig eine Preissenkung von 15% durchgesetzt, allein für das laufende



Erfolgreiche Verhandlungen: der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh berichtete am Mittwoch im SPD-Landesvorstand über die Vereinbarung mit der CDU-Fraktion. Foto: Horb

Jahr 2012 wird eine Wasserpreissenkung von 60 Millionen Euro pauschal vereinbart, die mit der Abrechnung 2013 an die Berliner Wasserkunden zurückgezahlt werden. „Gewinngarantien für private Investoren gehören der Vergangenheit an“, so Stöß.

Die Rekommunalisierung bei Stromnet-

zen und Wasserbetrieben sei „für das Land Berlin ein politisch und finanziell sinnvoller Weg“, betonte Jan Stöß. „Es geht darum, die Energiewende und Klimaschutz zu gestalten, Einnahmen für den Landeshaushalt zu sichern und nicht zuletzt auch darum, die Berlinerinnen und Berliner bei der zweiten Miete - den Nebenkosten - zu entlasten. Mehr Einfluss auf die Preispolitik und Investitionen der Netzbetreiber entsprechen unserem Verständnis einer sozialen Stadt, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben.“

Die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen dienen auch ganz maßgeblich dazu, die Wirtschaftskraft Berlins zu erhöhen, etwa mit einer besseren Anbindung des Ostteils der Stadt durch die Tangentialverbindung Ost (TVO). Mit dem Masterplan Tegel liegt ein zukunftsfähiges Konzept zur Nutzung des Flughafengeländes vor, für das ICC wird ein tragfähiges Nutzungskonzept erstellt, die Immobilienholding BIH bekommt eine Perspektive. **BS □**

1. Stromnetzkonzessionen. Durch die Neuvergabe der Stromnetzkonzession nehmen die Regierungsfaktionen aus SPD und CDU öffentlichen Einfluss auf die Verteilnetze und Verteilnetzbetreiber. Die Netze sollen dezentrale Energieeinspeisung ermöglichen und nachhaltig die Klimaschutzstrategie Berlins unterstützen. Dazu führt der Senat die rechtssichere, transparente und diskriminierungsfreie Ausschreibung des Stromnetzes durch. Berlin wird sich mit seinem dazu wettbewerbsfähig auszustattenden landeseigenen Unternehmen „Berlin Energie“ an den weiteren Schritten des Vergabeverfahrens beteiligen. An diesem Unternehmen „Berlin Energie“ hält Berlin dauerhaft mindestens 51% der Gesellschaftsanteile und Stimmrechte. Die Koalitionsfraktionen setzen ihre Gespräche mit den Initiatoren des Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“ fort.

2. Berliner Wasserbetriebe. Das Land Berlin kauft vertragsgemäß die RWE-Anteile an der RVB und erhöht somit den Einfluss des Landes auf die Berliner Wasserbetriebe. Die Wasserbetriebe betreiben weiterhin das Gerichtsverfahren gegen die Bundeskartellamtsverfügung. Die Wassertarife werden davon unabhängig mit dem Ziel neu kalkuliert, eine langfristig wirksame Wasserpreissenkung von mindestens 15 Prozent beim Frischwasser durchzusetzen. Die Fraktionen vereinba-

Auszüge aus der Vereinbarung der Fraktionen von SPD und CDU

ren für das Jahr 2012 eine finanzielle Entlastung aller Wasserkunden in Höhe von pauschal insgesamt 60 Millionen Euro, die mit den Abrechnungen 2013 erstattet werden. Der Senat wird beauftragt, mit dem verbliebenen Partner „Veolia“ die Grundlage der Zusammenarbeit neu zu verhandeln; Gewinngarantien für private Investoren sind auszuschließen. Im Zuge der Neustrukturierung bleiben die Tarifbindungen für die Mitarbeiter der Wasserbetriebe bestehen; auf betriebsbedingte Kündigungen wird verzichtet.

3. Immobilienholding – BIH. Die ehemalige BIH wird zukünftig als „normale“ Landesbeteiligung geführt werden. Die Regierungsfaktionen sind sich einig, dass die Risikoabschirmung von 21,6 Milliarden Euro auf 3,8 Milliarden Euro zurückgeführt wird.

4. Flughafen Tegel. Die Koalition greift die Entwicklung des Geländes des Flughafens Tegel als einen strategischen Arbeitsschwerpunkt. Auf dem Gelände des Flughafens Tegel soll ein wichtiger Forschungs- und Industriepark für „Urban Technologies“ entstehen. Teile der Beuth-Hochschule sollen auf dieses Gelände um-

gezogen werden und als Schnittstelle zur wissenschaftsnahen Industrieansiedlung Ankerwirkung haben. Der „Masterplan Tegel“, dessen Bestandteil das Campuskonzept der Beuth-Hochschule ist, wird umgesetzt und ausfinanziert.

5. Internationales Congress Centrum – ICC. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zur Sanierung des ICC und stellen dafür aus dem Landeshaushalt bis zu 200 Millionen Euro zur Verfügung. Gemeinsam mit Partnern und dem Landesunternehmen „Messe Berlin“ ist ein schlüssiges Nutzungs- und Bedarfskonzept durch den Senat aufzustellen. Eine Mischnutzung des ICC ist für die Regierungsfaktionen vorstellbar, die Kooperation mit privaten Investoren möglich. Demgegenüber sind Abriss oder Nichtnutzung keine Alternative. Die Freigabe der Sanierungsmittel ist an das Vorliegen der Nutzungskonzeption gebunden; die Sanierungsmittel werden bis dahin im Haushalt qualifiziert gesperrt.

6. Tangentiale Verbindung Ost. Zur Anbindung der östlichen Bezirke an den Flughafen BER „Willy Brandt“ und das Wissenschafts- und Forschungszentrum Adlershof sowie zur Erschließung von Gewerbegebieten in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Köpenick wird die Tangentiale Verbindung Ost (TVO) gebaut. Die Regierungsfaktionen legen sich auf einen vierspürigen Ausbau fest. **BS □**

Wirtschaft

Beim Wachstum auf Platz 1

Zuwachs auch bei Jobs - Wowereit: Berlin setzt seinen Aufholkurs fort

Der Wirtschaftsstandort Berlin setzt seinen Aufholkurs weiter fort: Im ersten Halbjahr 2012 ist das Bruttoinlandsprodukt in Berlin um 1,8 Prozent gestiegen. Berlin liegt bei der Wachstumsrate auf dem ersten Platz vor Baden-Württemberg und Niedersachsen mit jeweils 1,6 Prozent. Im Bundesdurchschnitt wurde lediglich ein Wachstum von 1,1 Prozent erreicht. „Die aktuellen Zahlen bestätigen die guten Ergebnisse der vergangenen Jahre“, sagte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit.

„Die Berliner Wirtschaft ist in guter Verfassung“, betonte Wowereit. „Trotz Wirt-



schafts- und Finanzkrise legt unsere Wirtschaftsleistung so stark zu wie nirgendwo sonst in Deutschland. Das ist eine gute Nachricht für Unternehmen und Beschäftigte.“

Die Wirtschaft in Berlin wird nach Einschätzung Wowereits im gesamten Jahr 2012 auf Wachstumskurs bleiben und den positiven Trend der vergangenen Jahre fortsetzen, selbst wenn die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte nachlassen sollte. Besonders positiv sieht der Regierende Bürgermeister, dass mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum viele neue Arbeitsplätze entstehen: „Im Juni gab es in Berlin gut 40.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als ein Jahr zuvor, das entsprach einem Anstieg von 3,5 Prozent. Damit ist auch die Beschäftigung im Ländervergleich am stärksten in Berlin gewachsen.“

BS □

Ich engagiere mich am Bundesplatz, weil er stellvertretend für viele Plätze in dieser Stadt steht, die in den 1960- und -70er Jahren der auto- und beton-gerechten Stadt zum Opfer fielen. Dies hatte zur Folge, dass der Platz in seiner Mitte „zerschnitten“ wurde, zunehmend verwahrloste, was sich negativ auf die Handels-, Gewerbe- und Immobilienstruktur auswirkte, weil Fachgeschäfte schlossen und sich Spielhallen ausbreiteten.

Aus heutiger Sicht war der Preis für den urbanen Verlust hoch. Mit dem Erbe jener Zeit müssen wir verantwortungsvoll umgehen. Ich will dazu beitragen, den Platz zu revitalisieren, das Leben am Bundesplatz schöner zu machen und die Aufenthaltsqualität besser zu ermöglichen.

Vor Ort engagiert sich die Initiative Bundesplatz für die Bürgerinteressen. Sie hat den Veränderungsprozess bereits ins Rollen gebracht. „Unsere Vision ist es, eine sinnvolle städtebauliche Lösung für den Rückbau des Autotunnels am Bundesplatz zu finden, um dort das Alt-Berliner Wohnquartier zusammenzuführen und wieder zu beleben“, so Wolfgang Severin, Vorsitzender der Initiative, die es seit 2010 gibt.

Die Initiative hat Forderungen an die Politik formuliert und gemeinsam haben wir erste Verbesserungen erreicht und Projekte angestoßen, etwa die Pflegevereinbarung mit Baustadtrat Marc Schulte. Die BVV beschloss kürzlich, die Initiative mit Ehrenamtstiteln über 3.500 Euro zu unterstützen. Auf unserer KDV haben wir einen Antrag eingebracht, der darauf hinwirkt, dass Senat und Bezirk einen Maßnahmenkatalog zur Aufwertung des Bundesplatzes erarbeiten. Sichtbar machen wir unser Commitment auch durch meine monatliche Bürgersprechstunde im Bundesplatz-Kino.

E HRENAMT IN BERLIN

Gestern war heute: Der Bundesplatz muss wieder schöner werden!



Franziska Becker - hier im Gespräch mit Wolfgang Severin, dem Vorsitzender der Initiative Bundesplatz - ist seit einem Jahr direkt gewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses für Wilmersdorf. Zu ihrer politischen Laufbahn gehören u.a. der stellvertretende Landesvorsitz bei den JUSOS, langjährige Funktionen sowohl als Kreis- und Landesdelegierte als auch in Abteilungsvorständen. Seit 1993 ist sie in der SPD. Sie engagiert sich in der Initiative Bundesplatz.

Die Initiative hat binnen eines Jahres den Platz neu begrünt; sie organisierte am 13. August, in Kooperation mit dem Bezirksamt, den Abriss der Mauern auf dem Platz, damit wieder mehr Menschen Lust haben, dort zu verweilen und sich so den Raum zurück erobern, etwa für die Mittagspause der anliegenden Geschäfte und Praxen. Im nächsten Schritt setzt sich die Initiative für

mehr Zugänge in das öffentliche Grün auf dem Bundesplatz und für Tempo 30 auf den „Spangen“ um den Bundesplatz ein. Das ist auch unser Interesse.

Die Initiative weiß, das ist der ganzen Wahrheit geschuldet, dass uns - in der Rolle der Politik und als SPD - der regelmäßige Dialog wichtig ist, wir mit Rat und Tat zur Seite stehen, wo wir können und kurzfristig helfen, wenn möglich. Wir dokumentieren unsere Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement, indem wir uns ernsthaft mit den Ideen der Initiative befassen, Anträge verabschieden und ihre Interessen zu unseren machen, die sich etwa in unserem Wahlprogramm spiegeln. Wir wissen, dass die Erwartung an uns als Politik hoch ist. Luftschlösser versprechen wir dennoch nicht! Unsere eigenen internen Prozesse haben wir abschließend noch nicht geklärt. Das melden wir auch zurück. Wir wollen glaubwürdig wirken und sagen ehrlich, dass größere bauliche Veränderungen nicht von heute auf morgen realisierbar sind, wobei unterschiedliche verkehrs- und stadtentwicklungspolitische Interessen aber auch haushalterische Ist-Zustände eine Rolle spielen.

Staatssekretär Christian Gaebler brachte das kürzlich in einem Brief an den Bezirk auf den Punkt, dass das Ansinnen der Bürger „grundsätzlich nachvollziehbar und unter Berücksichtigung städtebaulicher Kriterien vorstellbar“ sei, aber wegen der Bedeutung des Bundesplatzes als Verkehrsknoten und fehlender Aussichten auf Finanzierung es derzeit keinen Sinn habe, entsprechende Untersuchungen einzuleiten. Bezirksstadtrat Marc Schulte nennt die geforderte Zuschüttung des Tunnels eine „tolle Vision, deren Realisierung Zeit brauche“.

Franziska Becker □

➡ www.initiative-bundesplatz.de/



Auf dem Potsdamer Platz fand am Montag die erste Runde des Bürger-Dialogs statt. Bundesweit sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Vorstellungen von der Zukunft des Landes und ihre Ideen einzubringen. Als Bürgerprojekte sollen die interessantesten und besten Vorschläge Eingang ins Wahlprogramm der SPD finden. Foto: Horb

Mehr Mitbestimmung

Richtlinie zur Mitgliederbefragung beschlossen

Für eine breitere Einbeziehung der Basis bei Personalentscheidungen sind jetzt die Voraussetzungen geschaffen. Dazu hat der Landesvorstand der Berliner SPD in der vergangenen Woche eine Verfahrensrichtlinie beschlossen, die allen SPD-Mitgliedern in Berlin - gleich welcher Nationalität, Alter oder Wahlkreiszugehörigkeit - die Teilnahme an einer Mitgliederbefragung ermöglicht, wie sie derzeit in einigen Kreisen im Vorfeld der Nominierung der Bundestagskandidatinnen und -kandidaten geplant wird.

Die Verfahrensrichtlinie bezieht sich allgemein auf Mitgliederbefragungen im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen und der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Wahlämter, zum Beispiel für die Bundestagswahl 2013.

Die wichtigsten Regelungen im Überblick: Alle SPD-Mitglieder, die im Befragungsgebiet organisiert sind, sind stimmberechtigt und dürfen an der Mitgliederbefragung teilnehmen. Diese soll erstmals in einzelnen Bezirken bei der Aufstellung der/des Direktkandidatin/en für den Deutschen Bundestag angewendet werden. Das schließt ausdrücklich auch Mitglieder nicht-deutscher Herkunft, Jusos ab 16 Jahren und alle jene ein, die sich in ei-

nem Kreis als Mitglieder engagieren, aber in einem anderen wohnen.

Dieses Verfahren wird grundsätzlich nur dann durchgeführt, wenn es mindestens zwei Bewerber/innen gibt. Über die Beteiligung von Mitgliedern am Auswahlverfahren entscheidet der zuständige Kreisvorstand oder die Kreisdelegiertenversammlung. Die Abstimmung kann durch Urnen- oder Briefwahl erfolgen und soll so terminiert sein, dass möglichst viele Mitglieder daran teilnehmen können.

Das Votum der Mitglieder ist nur gültig, wenn sich mehr als 20 Prozent der Mitglieder des Befragungsgebietes, also des Wahlkreises, beteiligt haben.

Die Berliner SPD habe damit ein rechtssicheres und klares Verfahren für die Mitgliederbeteiligung bei wichtigen Personalentscheidungen beschlossen, erklärte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Die Kreise haben nun die Möglichkeit, sich für dieses Verfahren zu entscheiden oder beim Delegiertenprinzip zu bleiben, falls es mehrere Kandidaturen gibt. Mir war es dabei besonders wichtig, dass an einer Befragung wirklich alle Mitglieder teilnehmen können, die in der Berliner SPD organisiert sind, also auch SPD-Mitglieder ohne deutschen Pass.“ Das Instrument der Mitgliederbefragung gibt es erst seit März 2012.

PM □

„Altersarmut wird zementiert“

ASF-Berlin fordert: Minijobs abschaffen

Die ASF-Berlin fordert Minijobs abschaffen und sofort gesetzliche Maßnahmen zur Einführung der Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse ab dem ersten Euro umzusetzen. Die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Sonderstellung von geringfügig Beschäftigten muss nach Ansicht der ASF abgeschafft werden.

„Minijobs zementieren die Altersarmut von Frauen. Um Altersarmut von Frauen zu verhindern brauchen wir ein echtes Um-

denken in Deutschland. Das gilt nicht nur für Minijobs sondern auch für das Ehegattensplitting“, so die Landesvorsitzende der ASF Eva Högl. Schon jetzt gibt es in Deutschland sieben Millionen MinijobberInnen. In Berlin waren es Mitte 2011 rund 216.000. Geringfügig Beschäftigte machen inzwischen 8 Prozent aller Berliner Beschäftigungsverhältnisse aus. Frauen sind davon mit über 55 Prozent überproportional betroffen. Das Bundeskabinett will die Einkommensgrenze für Minijobs von 400 auf 450 Euro erhöhen.

PM □

FRAKTION INTERN

Untersuchungsausschuss BER. Die Fraktionen von SPD und CDU haben im Rechtsausschuss den Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses BER passieren lassen. Der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sven Kohlmeier, sagt: „Aus hohem Respekt vor dem Minderheitenrecht der Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen haben wir nicht gegen den Einsetzungsbeschluss gestimmt, obwohl gegenüber dem von der Opposition vorgelegten Fragenkatalog erhebliche rechtliche Bedenken bestehen.“

Ein Großteil des Fragenkataloges beschäftigt sich mit Vorgängen, die nicht im Einflussbereich des Landes Berlin, sondern in dem des Landes Brandenburg oder des Bundes oder seiner Behörden standen. Der Berliner Untersuchungsausschuss darf aber nicht die Vorgänge des Landes Brandenburg oder des Bundes zum Gegenstand haben. Dies wäre eine unzulässige Einmischung.

Gleichwohl hat sich die Koalition entschieden, die von der Opposition gewünschte sofortige Beschlussfassung nicht durch Einholung eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes zu verzögern. Kohlmeier betont: „Es ist auch in unserem Interesse, dass der Untersuchungsausschuss möglichst schnell seine Arbeit aufnimmt.“ Aus Sicht der Koalition ist es jedoch unerlässlich, dass der voraussichtliche Ausschussvorsitzende Martin Delius von den Piraten eine besondere Rechtssensibilität entwickelt und ein rechtlich einwandfreies Untersuchungsverfahren gewährleistet. Es muss durch die Ausschussleitung sichergestellt werden, dass der Ablauf und die Befragung von Zeugen über jeden Rechtszweifel erhaben sind. Der Untersuchungsausschuss wird vom Parlament eingesetzt. Für die SPD-Fraktion werden die Abgeordneten Ole Kreins, der auch Sprecher für die Fraktion sein wird, Renate Harant und Frank Zimmermann entsandt.

Saleh beim Lesenachmittag. SPD-Fraktionschef Raed Saleh hat am Lesenachmittag der Jens-Nydahl-Grundschule in Kreuzberg teilgenommen. Er las Schülerinnen und Schülern aus dem Buch „Otto. Autobiografie eines Teddybären“ von Tomi Ungerer vor. Die spannende Geschichte, in der ein Stofftier über Naziterror, Krieg und Rettung berichtet, ist für Kinder gut verständlich. Saleh nutzte das Beispiel von Ottos Besitzer - der kleine Junge David, der den gelben Stern tragen muss - um für Toleranz, Respekt und Gewaltfreiheit zu werben. Saleh sagte: „Alle Menschen sind gleich viel wert. Berlin hat Platz für uns alle und das Schönste an unserer Stadt ist ihre Vielfalt.“ **cs □**

Mehr Frauen in die SPD:

Für das Engagement begeistern

Barbara Loth im BS-Interview: „Ich glaube, der Kern der Kampagne kommt an“

„Diva“, „Zicke“ oder „Biest“ steht auf den roten Karten und Buttons, die in Kneipen oder an den Ständen der SPD zu finden sind. Mit ihrer neuen Kampagne will die Berliner SPD Lust zum Engagement machen, sagt Barbara Loth, stellvertretende Landesvorsitzende und Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, im Interview.

BS: Wie finden Sie die Kampagne zur Geschlechtergerechtigkeit der Berliner SPD?

Barbara Loth: Die Kampagne finde ich sehr gut! Sie ist die erste ihrer Art innerhalb der SPD, auffällig und humorvoll. In unseren SPD-Foren, AGs und Kreisen wurde sie zum Teil leidenschaftlich diskutiert. Ich würde mich freuen, wenn die Materialien auf breite Akzeptanz in und außerhalb unserer Partei treffen. Ich glaube, der Kern der Kampagne kommt an: Die SPD will mehr Frauen für ein politisches Engagement begeistern.

BS: Warum sind Frauen in der SPD richtig, um ihre politischen Forderungen durchzusetzen?

Barbara Loth: Die SPD steht als immerhin älteste Partei Deutschlands klar für soziale Gerechtigkeit – unabhängig von Alter, Herkunft und eben auch Geschlecht. Diese Kernkompetenz wird uns in Umfragen und Gesprächen immer wieder bestätigt. Auch wenn wir schon auf 150 Jahre zurück-



Zicke, Diva oder Biest? Der Button zeigt es.

blicken, sind wir modern. Gerade deswegen haben wir es uns auch zur Aufgabe gemacht, das Thema Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern stärker zu beleuchten. Wir wollen, dass auf allen Ebenen Frauen und Männer gleichgestellt sind. In der politischen Arbeit ist dabei jede neue, aber vor allem auch die weibliche Perspektive von Nutzen. Mit mehr Frauen in der SPD bieten sich uns neue Kräfte und entstehen neue Ideen. Frauen sind in der SPD immer unverzichtbar gewesen und werden immer herzlich willkommen sein sich zu engagieren und laut vernehmbar einzubringen.

BS: Was ist für Sie eine Zicke, ein Biest oder eine Diva?

Barbara Loth: Für mich lässt sich eine Zicke nichts gefallen und keinesfalls beirren. Das Biest kennt keine Kompromisse,

wenn es darum geht, die eigene Meinung einzubringen. Sie hat ihren eigenen Willen, der nicht zu brechen ist. Eine Diva weiß, was sie will und was nicht. Sie begnügt sich nicht mit weniger. Hier haben wir auf die Rückseite unserer Postkarte den ganz treffenden Satz geschrieben: „Lass Dir nichts erzählen. In der SPD kennen wir uns aus mit Diven. Meistens sind es Männer.“

BS: Was kann zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit getan werden?

Barbara Loth: Wir müssen uns noch intensiver mit den verschiedenen Lebenssituationen von Frauen befassen und hier auf eine absolute Gleichberechtigung hinwirken. Generell müssen Frauen denselben Respekt erfahren und dieselben Möglichkeiten haben ihr Leben selbstbestimmt zu leben wie Männer. Wir sind auf einem guten Weg, aber noch längst nicht am Ziel.

BS: Welchen Schwierigkeiten stehen Frauen heutzutage gegenüber?

Barbara Loth: Einige habe ich schon aufgezählt, aber was mich persönlich besonders umtreibt, ist, dass sich Frauen oft zwischen Karriere und Familie entscheiden müssen. Wir wollen beides ermöglichen – ohne Verzichte. Eine erfolgreiche Karriere und eine Familie darf kein Privileg von Wenigen sein, sondern soll eine von vielen möglichen Lebensplanungen sein, die wir Frauen ermöglichen wollen.

Interview: A. Erdmann □

Praxistipps zu EU-Fördermaßnahmen

Fachausschuss EU-Angelegenheiten und SGK laden zu gemeinsamer Veranstaltung

Praxistipps und Einschätzungen zu den Fördermaßnahmen der EU bietet eine gemeinsame Veranstaltung des Fachausschusses EU-Angelegenheiten und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Berlin am 17. Oktober.

Berlin bekommt in der Förderperiode 2007 – 2013 1,2 Mrd. Euro Fördermittel von der EU. Diese werden eingesetzt, um wichtige Infrastrukturvorhaben umzusetzen, kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern und Maßnahmen bzw. Projekte zur Bekämpfung und Verhinderung von Arbeitslosigkeit umzusetzen.

Es existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Förderungsmöglichkeiten. Am bekanntesten und großvolumigsten ist die Förderung aus den Strukturfonds. In Berlin werden die meisten Strukturfondsmittel im Rahmen verschiedener Landes- und Bundesförderprogramme eingesetzt, die dezentral verwaltet und beantragt wer-

den. Hier kommt insbesondere auch den Bezirken eine wichtige Rolle zu. Ihnen kommt eine Doppelfunktion zu. Einerseits können sie Mittel für Projekte beantragen, andererseits stehen sie Initiativen und Projekten auch beratend zur Seite.

Neben den Mitteln aus den Strukturfonds stellt die EU jährlich fast 9 Mrd. im Rahmen von rund 100 Förderprogrammen bereit, um innovative Maßnahmen und Projekte EU-weit in den unterschiedlichsten Bereichen anteilig zu finanzieren. Die Mittel müssen direkt bei der Europäischen Kommission oder bei beauftragten Kontaktstellen beantragt werden. Antragsteller können Unternehmen, Verbände, Vereine, Universitäten, Forschungseinrichtungen oder regionale und lokale Gebietskörperschaften sein. Das System der EU-Förderung ist in permanenter Bewegung – zurzeit wird über die Förderung der Förderperiode 2014 – 2020 beraten.

Die Veranstaltung will zum einen ganz

konkrete Praxistipps geben, die Thematik aber auch in den übergeordneten politischen Kontext einbetten. Eingeladen sind alle Interessierten, insbesondere aus Verbänden, Initiativen und Vereinen.

Die Einführung übernimmt der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Philipp Steinberg. Im Panel geht es um konkrete Fördermöglichkeiten und Voraussetzungen, die Vorstellung von „Leuchttürmen“ aus Berlin. Teilnehmende sind Dr. Karin Pieper, stv. Vors. FA-Europa; Maria-Luise Löper, Abteilungsleiterin Bund/Europa, Senatskanzlei Berlin; Martin Kestin, Europabeauftragter Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die Moderation hat Barbara Scheffer.

„EU-Fördermaßnahmen in Berlin auf kommunaler Ebene – Potentiale erkennen, Veränderungen gestalten“, 17. Oktober, 19 bis 21 Uhr, Erika-Hess-Saal, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Wir bitten um Anmeldung unter Vorstand.Berlin@spd.de. **BS** □

Programmdebatte:

Ein neuer Kompass für die SPD

Im Wortlaut: Die Berliner Erklärung für eine arbeitnehmerorientierte Politik

Die Krise in der Eurozone und das neoliberale Krisenmanagement von Angela Merkel stellen die SPD vor große Herausforderungen. Immer wieder versucht die schwarz-gelbe Regierung, unsere Partei für eine unsoziale und arbeitnehmerfeindliche Politik in Haft zu nehmen. Merkels Missmanagement verschärft die wirtschaftliche und soziale Krise in Europa. Das können und das wollen wir nicht mit verantworten. Europa und Deutschland brauchen deshalb dringender denn je eine sozialdemokratische Politik, eine Politik, die einen arbeitnehmerfreundlichen Kompass hat. Deshalb haben wir in der vorliegenden „Berliner Erklärung“ die Grundzüge eines solchen Kompasses zusammengetragen. Damit wollen wir einen Beitrag für das künftige Wahlprogramm unserer Partei leisten. Damit die Menschen sich auf die SPD verlassen können.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschland hat sich in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik inhaltlich neu aufgestellt. Mit der neuen Programmatik soll die soziale Schieflage, die durch die schwarz-gelbe Bundesregierung forciert wurde, im Interesse der Beschäftigten und sozial Benachteiligten korrigiert werden. Dadurch hat sich das Verhältnis von Arbeitnehmern, Gewerkschaften und SPD wieder verbessert. Das tut uns und den Gewerkschaften gut. Unsere SPD befindet sich somit auf einem guten Weg, wieder zum „Anwalt des kleinen Mannes“ aufzusteigen. Der Erfolg dieses Kurses steht und fällt jedoch mit den konkreten politischen Vorhaben und Handeln. Deswegen geht es aus Arbeitnehmersicht jetzt darum, die Schwerpunkte der zukünftigen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik mitzubestimmen und mit zu gestalten.



Mit der „Berliner Erklärung für eine arbeitnehmerorientierte Politik“ liegt jetzt ein Beitrag zur Programmdebatte vor, der der SPD Orientierung in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik geben will. Die BERLINER STIMME dokumentiert die Erklärung im Wortlaut.

● Die sozialdemokratische Partei steht im 21. Jahrhundert in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor zwei zentralen Herausforderungen: Sie muss erstens eine politische Antwort auf die zunehmende ökonomische Ungleichheit und Unsicherheit geben und zweitens die Vorherrschaft der Finanzmärkte brechen.

● Die zentrale Ursache für die steigende Ungleichheit und Unsicherheit ist die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können auf einem weitgehend deregulierten Arbeitsmarkt nicht mehr auf Augenhöhe verhandeln. Die hohe Massenarbeitslosigkeit

tut ein Übriges. Deswegen muss die SPD für Vollbeschäftigung und eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Dazu gehören vor allem:

- eine aktive Beschäftigungspolitik
- die Einführung eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro
- Equal Pay in der Leiharbeit ab dem ersten Tag
- Equal Pay zwischen Mann und Frau
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen
- die Gleichstellung der Arbeitsverhältnisse auch bezogen auf geringfügige Beschäftigung (Mini-Jobs)
- die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- die Abschaffung der verschärften Zumutbarkeit für Arbeitslose

● Wirtschaftlicher Erfolg und individuelle Leistung fallen zunehmend auseinander. Die ungerechte Verteilung der Einkommen durch den Markt muss wieder stärker korrigiert werden. Dafür brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik, die höhere Einkommensgruppen stärker belastet, die Vermögen und Erbschaften zukünftig stärker besteuert und insgesamt mehr Steuereinnahmen generiert. Nur so kann die chronische Unterfinanzierung der öffentlichen Hand beseitigt werden. Erst dann kann die öffentliche Verschuldung zurückgefahren werden, ohne das öffentliche Leben zu gefährden. Bund, Länder und Kommunen haben ein Einnahme- und kein Ausgabenproblem. Deshalb ist die Schuldenfrage eine Verteilungsfrage. Die Steuergeschenke an Vermögenden und Besserverdiener kosten dem Staat noch heute jährlich 50 Milliarden Euro. Das muss sich ändern. Diese Reichtumpflege können wir uns nicht

Fortsetzung Seite 8

DIE ERSTUNTERZEICHNER
DER „BERLINER ERKLÄRUNG“:

Detlef Baer, Landtagsabgeordneter Brandenburg; **Klaus Barthel**, Bundestagsabgeordneter, AFA-Bundesvorsitzender; **Rudi Borchert**, Landtagsabgeordneter Mecklenburg-Vorpommern; **Leni Breymaier**, Stv. Landesvorsitzende BaWü; **Andreas Bovenschulte**, Landesvorsitzender Bremen; **Markus Fuß**, Leiter Verbindungsbüro Verdi; **Wolfgang Gunkel**, Bundestagsabgeordneter Sachsen; **Michael**

Gross, Bundestagsabgeordneter NRW; **Ulrike Hiller**, Bürgerschaftsabgeordnete Bremen; **Dierk Hirschel**, Mitglied SPD-Grundsatzkommission; **Daniela Kolbe**, Bundestagsabgeordnete Sachsen; **Barbara Loth**, Staatssekretärin, stellvertr. Landesvorsitzende Berlin; **Hilde Mattheis**, Bundestagsabgeordnete, Sprecherin DL21; **Matthias Miersch**, Bundestagsabgeordneter Niedersachsen; **Dietmar Muscheid**, Sprecher DGB-Bezirkvorsitzende; **Mark Rackles**, Staatssekretär Berlin; **Dieter Reinken**, Bürgerschaftsabgeordneter

Bremen; **Eugen Roth**, Stv. Landesvorsitzender Saar; **Werner Schieder**, Bundestagsabgeordneter Bayern; **Dieter Scholz**, ehemaliger DGB-Vorsitzender Berlin-Brandenburg; **Christian Schmitz**, DL21 Rheinland-Pfalz; **Ottmar Schreiner**, Bundestagsabgeordneter Saarland; **Jan Stöß**, Landesvorsitzender Berlin; **Florian von Brunn**, Landtagskandidat Bayern; **Waltraud Wolff**, Bundestagsabgeordneter, Sachsen-Anhalt; **Bernd Woltmann**, Juso-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern.



Fortsetzung von Seite 7

mehr leisten. Ein höheres Steueraufkommen macht zudem den Staat wieder handlungsfähig und eine antizyklische Fiskalpolitik möglich.

Eine solche umverteilende Steuerpolitik erfordert nachfolgende steuerpolitische Sofortmaßnahmen:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Eine einmalige Vermögensabgabe
- Höhere Besteuerung von Erbschaften
- Höherer Spitzensteuersatz
- Besteuerung von Kapitalerträgen nach dem persönlichen Einkommenssteuersatz

○ Höhere Körperschaftssteuer und der Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer

● Die SPD muss sich für die Schaffung von qualitativ hochwertigen und guten Arbeitsplätzen einsetzen. Eine Politik für „Gute Arbeit“ steht für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Mittelpunkt unserer Politik. Denn „Gute Arbeit“ ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und eine leistungsfähige Wirtschaft. Gute Arbeit erfordert die Sicherheit des Arbeitsplatzes, ein gerechtes Einkommen und soziale Sicherheit. Sie erfordert gesunde Arbeitsbedingungen, eine menschenwürdige Behandlung am Arbeitsplatz und die humane Gestaltung der Arbeitszeiten. Dabei sollen die abhängig Beschäftigten ihre Ansprüche an eine gesunde, qualifizierte, wenig entfremdete Arbeit selbst formulieren können. Deswegen wird die Mitbestimmung zum Gravitationszentrum einer solchen Humanisierung der Arbeit. Der Arbeitsalltag vieler Menschen entspricht diesen Anforderungen nicht bzw. immer weniger. Unsere Arbeitswelt muss sich deshalb grundlegend ändern. Eine solche Humanisierung erfordert folgende Maßnahmen:

- Einen Ausbau der Arbeitsschutzgesetzgebung (z.B.: Gesundheitsprävention)
- Eine Ausweitung betrieblicher und wirtschaftlicher Mitbestimmung
- Ein umfassendes Forschungsprogramm für „Gute Arbeit“

● Die sozialen Sicherungssysteme müssen wieder armutsfest werden und den Lebensstandard sichern. Dies gilt insbesondere für die gesetzliche Rentenversiche-

rung. Die so genannten Rentenreformen haben das Leistungsniveau drastisch gesenkt und gefährden dadurch die gesellschaftliche Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung. Deswegen brauchen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik:

- Das Leistungsziel muss wieder ins Zentrum der Rentenpolitik rücken.
- Die Risiken prekärer Erwerbsbiographien müssen abgesichert werden.
- Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten müssen wieder abgeschafft werden.
- Bei der gesetzlichen Rente muss ein Mindestsicherungsziel festgelegt werden.

○ Mittelfristig muss die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden.

● Bis heute sind keine zentralen Lehren aus der größten Finanzmarktkrise seit 80 Jahren gezogen worden. Die Ursachen der großen Krise sind weiterhin wirkungsmächtig. Finanzinstitute sind noch immer zu groß zum Sterben. Niemand prüft Finanzprodukte auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen. Das Schattenbankensystem treibt weiter sein Unwesen. Die Staatsfinanzen befinden sich in Geiselhaft der Finanzmärkte. Damit muss Schluss sein. Die SPD muss mit der Macht der Banken brechen. Hierfür sind folgende Regulierungsschritte erforderlich:

- Banken, die zu groß zum Sterben sind, müssen gesundgeschrumpft werden.
- Es braucht einen TÜV für Finanzprodukte.
- Schattenbank und Steueroasen müssen trockengelegt werden.
- Die Staatsfinanzierung muss von den Kapitalmärkten entkoppelt werden.
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer

● Das deutsche Bildungssystem muss ausgebaut werden, um die Zukunftsanforderungen einer freien demokratischen Gesellschaft und einer modernen Volkswirtschaft zu erfüllen. Jede/r soll die Chance erhalten, eine hochwertige schulische und berufliche Ausbildung zu bekommen. Die Durchlässigkeit und Chancengleichheit unseres Bildungssystems müssen erhöht werden. Dafür braucht es mehr Bildungsinvestitionen. Bildung ist aus sozialdemokratischer Sicht ein öffentliches Gut und darf nicht der Marktlogik unterworfen werden.

Deswegen fordern wir einen

- bedarfsorientierten und qualitativen Ausbau der Kitas
- bedarfsorientierten und qualitativen Ausbau der Ganztagschulen
- bedarfsorientierten und qualitativen Ausbau der Hochschulen

● Die Rolle des öffentlichen Sektors muss gestärkt werden. Bildung, Gesundheit sowie Energie- und Wasserversorgung sind keine Waren, deren Herstellung und Verteilung nach dem Gewinnmotiv organisiert werden sollte. Diese öffentlichen Güter müssen für jeden, unabhängig von der Größe des Geldbeutels, zugänglich sein. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors.

○ Soziale Dienstleistungen müssen in öffentlicher Regie ausgebaut und materiell als auch ideell aufgewertet werden.

○ Die Rekommunalisierung muss vorangetrieben werden.

○ Die Bedeutung von sozialen und ökologischen Kriterien in Vergabeverfahren müssen deutlich gestärkt und die Vergabep Praxis transparent und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

○ Der öffentliche Sektor muss sich durch gute Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze auszeichnen

● Wir streben eine nachhaltige Entwicklung an, die ökonomische, ökologische und soziale Ziele vereint. Wachstum um jeden Preis ist kein sozialdemokratisches Projekt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollten danach streben, den heute lebenden Menschen und den künftigen Generationen ausreichend hohe ökonomische, ökologische und soziale Standards in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit der Erde zu ermöglichen.

○ Klimaschutz: Die Freisetzung von CO₂-Stoffen darf nicht die Aufnahmefähigkeit der Umwelt überschreiten

○ Erhaltung der Arten- und Landschaftsvielfalt

○ Nachhaltige und effiziente Nutzung erneuerbarer und nicht-erneuerbarer Ressourcen

○ Gesunde Lebensbedingungen.

○ Wir setzen uns konsequent für die Energiewende ein, d.h. u.a. Für die Ablösung von fossilen Energieträgern durch erneuerbare Quellen und mit einer Energieversorgung, die für jeden erreichbar, bezahlbar und sauber ist. □

Kultur:

Kreative beeinflussen die Politik

Für bessere Rahmenbedingungen: Kreativpakt-Verein führt Dialog mit der Bundestagsfraktion

Vor Wahlen melden sich oft KünstlerInnen als UnterstützerInnen des politischen Spitzenpersonals zu Wort. Im letzten Bundestagswahlkampf, 2009, war das ein wenig anders. Damals haben sich auf Initiative des Musikproduzenten und Radiomachers Tim Renner Kreative aus allen künstlerischen Sparten mit einem überparteilichen Aufruf zu Wort gemeldet, der etwas von der Politik verlangte. Mit dem Aufruf „Wir brauchen einen Kreativpakt“! formulierten Kreative vom Theater über Literatur bis zur Musik erstmals, was sie selbst als Rahmenbedingungen für die von der Politik immer wieder beschworene, zukunftsweisende Kreativwirtschaft verstehen.

Als Erstunterzeichner traten damals u.a. der Filmemacher und Oscar-Preisträger Pepe Danquart, der DJ Paul van Dyk, der Galerist Frank-Thomas Gaulin, die Schriftstellerin Louise Jacobs, der Designer Axel Kufus, der Blogger Sascha Lobo und der Architekt Meinhard von Gerkan auf. Die UnterzeichnerInnen sprachen sich in fünf Bereichen /Bildung, Soziale Sicherheit, Wertschöpfung und Eigentum, Chancengleichheit und Informationsfreiheit für konkrete Verbesserungen aus.

WIRTSCHAFTSFAKTOR KREATIVITÄT

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist längst zu einem heimlichen Wirtschaftsfaktor geworden - und das nicht nur in Berlin. So waren es vor zwei Jahren schon rund 240.000 Unternehmen die unmittelbar im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig waren. Knapp 90 Prozent von ihnen zählen zu den Klein- bzw. Kleinstbetrieben mit bis zu 10 Beschäftigten. Gerade auch für diese jungen und kleinen Unternehmen sollen, so der Aufruf, die Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Und noch eine andere Zahl macht deutlich, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft eine enorme ökonomische Dimension erreicht hat. Rund eine Million Beschäftigte erzielen einen Umsatz von mehr als 137 Milliarden Euro. Und damit ist diese Sparte auf Augenhöhe mit der Automobilindustrie und generierte mehr Umsatz als die Chemieindustrie.

Frank-Walter Steinmeier hat die Forderungen der Kreativen 2009 in seinen Deutschlandplan aufgenommen. Auch nach den letzten Bundestagswahlen standen die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung des Potenzials der Kreativ-



Rechtsanwalt Peter Ruhenstroth-Bauer, Kommunikationsberater in Berlin und Bonn, ist Unterstützer des Kreativpakt Vereins. (<http://www.p-r-b.de>)

wirtschaft weiter auf der Tagesordnung - in der SPD Bundestagsfraktion aber auch bei den Kreativen selbst: sie hatten sich mittlerweile in dem Kreativpakt-Verein (www.kreativpakt.org) eine Form gegeben, um sich für die Verbesserung der Bedingungen der Kreativen einzusetzen. Und auch Frank-Walter Steinmeier und die SPD-Bundestagsfraktion haben die Kreativwirtschaft als eines der acht Schwerpunktthemen in dem langfristig angelegten Diskussionsprozess über das Projekt „Zukunft - Deutschland 2020“ (<https://www.spdfraktion.de/projekt-zukunft>) integriert.

Ungewöhnlich und neu war die Zusammenarbeit des Vereins und der SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen zwei Jahren. Denn der Kreativpakt-Verein und seine UnterstützerInnen wurden immer wieder als Impulsgeber in die Diskussion einbezogen. Ihre Erfahrungen und Kompetenzen wurden mit den Positionen und Argumenten der SPD-Bundestagsfraktion gespiegelt. Der Dialog wurde nicht als reiner Informationsaustausch verstanden, sondern die SPD-Fraktion war bereit, eigene Positionen zu verändern.

Frank-Walter Steinmeier hat mit seinen beiden Fraktionskollegen Siegmund Ehrmann und Lars Klingbeil immer wieder die Diskussion mit den Kreativen gesucht. So wurde manche Position der Politik in einem engen Arbeits- und Diskussionsprozess über die Entwicklung der Kreativwirtschaft verändert. Das Ergebnis dieses Prozesses kann man hier nachlesen: Reboot Arbeit, update Urheberrecht, bildet soziale Netzwerke! Der Kreativpakt - ein Bündnis von Kultur, Wirtschaft und Politik“. (Im In-

ternet: http://www.kreativpakt.org/wp-content/uploads/2012/08/web_kreativpakt_A5.pdf)

Die in der Kreativwirtschaft Beschäftigten, so das Ziel, müssen verlässlich sozial abgesichert sein und die Rahmenbedingungen kreativer Arbeit - vom Urheberrecht über die Netz- und Bildungspolitik bis zur Kultur- und Wirtschaftsförderung - müssen so gestaltet werden, dass sie wirklich das Potenzial der Kreativwirtschaft in Deutschland weiter entwickeln.

ERGEBNISSE DES ZUKUNFTSKONGRESSES

Auf dem Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion Mitte September (<http://www.spdfraktion.de/themen/wie-die-kreativwirtschaft-gestärkt-werden-muss>) wurden die Ergebnisse dieses Arbeitsprozesses vorgestellt und diskutiert: So wird ein modernes Urheberrecht gefordert, das sich an der Maxime Vergüten statt verbieten ausrichtet.

Die Künstlersozialversicherung soll mo-

Der Wert der Kreativität

Kreative Arbeit verdient Wertschätzung und entsprechende Vergütung: In einem Youtube-Spot der SPD-Bundestagsfraktion unterstützen prominente Kreative dieses Ziel: die Schauspieler David Kross („Der Vorleser“) und Christian Kahrmann („Lindenstraße“), der Regisseur Pepe Danquart, der Musikproduzent Tim Renner und die Autorin Katja Kullmann sagen ihre Meinung zu diesem Thema.

<http://www.youtube.com/watch?v=B Tt2gjclINI>

dernisiert und erweitert werden. Die Kulturförderung darf sich nicht mehr an dem Prinzip „einmal gefördert - immer gefördert“ ausrichten, sondern muss Experimente zulassen und Avantgarde fördern. Die Wirtschaftsförderung soll gerade bei den Existenzgründungen stärker an den Voraussetzungen der Kreativwirtschaft gemessen werden. Bildung und Weiterbildung müssen den neuen Anforderungen der Arbeitswelt in der Kreativwirtschaft gerecht werden. Und öffentliches WLAN in öffentlichen Räumen sind neben der gesetzlich verankerten Netzneutralität und Diskriminierungsfreiheit Anforderungen an die Netzpolitik.

Peter Ruhenstroth-Bauer □

Rente:

Alle müssen ihren Beitrag leisten

Werner Kleist: AG 60plus fordert Umbau der Renten- zur Erwerbstätigenversicherung

Seit mehr als zwei Jahren hat sich die AG 60plus mit der Frage einer gerechteren Rentenpolitik befasst, zum Teil gemeinsam mit den Jusos. Entwickelt wurde ein eher knapper Foderungskatalog für ein grundsätzlich anderes System. Für Werner Kleist, Vorsitzender der AG 60plus, ist selbstverständlich: „Alle müssen künftig ihren Beitrag zur Alterssicherung leisten.“

Um zu gewährleisten, dass Alterssicherung solidarisch finanziert wird und gleichzeitig auch alle Menschen an einer Absicherung durch das gesamtgesellschaftlich getragenen Rentensystem partizipieren, wollen wir die gegenwärtige Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung umbauen. Das heißt für uns, dass alle Einkünfte, die durch Erwerbstätigkeit entstehen, beitragspflichtig sind, aber auch zu Rentenansprüchen im Alter führen. Neben den bisherigen Einkünften, die zu Rentenansprüchen führen, sollen auch alle Einkommen aus Selbständigkeit, aus handwerklicher Tätigkeit, aus geringfügiger Erwerbstätigkeit, von Beamten, von Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsräten, von öffentlichen Mandatsträgern und von freiberuflich Tätigen (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte) einbezogen werden.

Alle Erwerbstätigen werden zu Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung.

Finanziert wird die Erwerbstätigenversicherung durch Beiträge. Dabei halten wir am Umlagesystem fest und lehnen einen Umstieg auf eine kapitalgestützte oder rein steuerfinanzierte Alterssicherung ab.



Im Gespräch: Werner Kleist (r.).

Foto: Duclos

Durch die Verbreiterung der Versichertenbasis in der Erwerbstätigenversicherung wird die Finanzierung des Systems stabilisiert.

Einen weiteren Beitrag dazu leistet die unbedingte Rückkehr zur Parität.

Auch weiterhin und in Zukunft noch stärker sollen Lücken in der Finanzierung durch eine steuerliche Querfinanzierung ausgeglichen werden, die vielfältig über die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, den Ausgleich geringer Einkünfte und der Beitragszahlung während Eltern- und Pflegezeiten organisiert werden soll.

Diese geforderte gesetzliche Rentenversicherung soll die Prinzipien der Armutsfestigkeit und der Lebensstandardsicherung verbinden. Die Finanzierung dieser bisherigen ersten Säule der Rentenversicherung ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Zu-

sätzliche private Vorsorge oder Betriebsrenten (bisherige zweite und dritte Säulen) hingegen sind Aufgabe eines jeden Einzelnen oder der Tarifpartner. Wir lehnen eine staatliche Förderung privater Altersvorsorge ab und fordern, alle Mittel, die bisher in die Förderung privater Vorsorge fließen, in das gesetzliche Rentensystem umzuleiten. Der Vertrauensschutz wird gewährleistet.

Die Beitragbemessungsgrenze wird aufgehoben. Eine Höchstgrenze der Rente wird gesetzlich festgesetzt. Das Rentenniveau muss auf dem derzeitigen Stand von mindestens 51 % festgeschrieben werden.

Wer langjährig in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, muss eine Rente erhalten, die deutlich über dem Niveau der Grundsicherung liegt.

Um gebrochene Erwerbsbiografien aufzufangen, müssen Zeiten der Ausbildung, der Kindererziehung, Pflege und Arbeitslosigkeit rentenrechtlich höher bewertet bzw. wieder angerechnet werden. Zur Schließung etwaiger Sicherungslücken, die zu einer Rente unterhalb der Grundsicherung führen, wollen wir eine Ergänzung der gesetzlichen Rente um eine Mindestrente, die über dem Niveau der Grundsicherung liegen muss.

Die Grundsicherung muss als eigenständiges soziales Sicherungssystem erhalten bleiben. Sie sichert das Existenzminimum derjenigen, die keine Rentenansprüche erworben haben.

Der geltende Beschluss der SPD, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre z. Zt. auszusetzen, muss beibehalten werden.

Werner Kleist, AG 60plus □

ASG Berlin fordert mehr Gehalt für Pflegende

„Tausend warmen Worten müssen endlich Taten folgen – Pflege ist mehr wert!“ sagt der Vorsitzende der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), Boris Velter.

„Politisches Handeln ist dringend notwendig, um den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden. Seit Jahren wird die Wichtigkeit einer qualitätssichernden und patientenorientierten Pflege sowie deren Aufwertung postuliert. Diesen Worten sind unter der schwarz-gelben Bundesregierung bislang jedoch keine Taten gefolgt. Die SPD soll dies in der nächsten Regierungsverantwortung im Bund 2013 ändern und dafür Sorge tragen, dass dem Wert der Pflege endlich Rechnung getragen wird!

So hat die ASG Berlin in ihrer Mitglieder-

versammlung beschlossen, dass sich die SPD dafür einsetzen soll, dass die Ausbildungsvergütung und die Gehälter in der Kranken- und Altenpflege erheblich angehoben werden und für pflegebedürftige Menschen ein Rechtsanspruch auf adäquate Tageszeitenbetreuung eingeführt wird.

„Dies werden wir auf dem Landesparteitag der SPD Berlin einbringen“, so Boris Velter. „Wir wollen ein zielgenaues Programm, das dazu führt, dass die Ausbildungsvergütungen und die Gehälter der Pflegenden dauerhaft um 30 % angehoben werden und Schülerinnen und Schüler in der Pflegeausbildung kein Schulgeld bezahlen müssen.“

Hintergrund ist, dass die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger deren hohe gesellschaftliche Bedeutung derzeit in keiner Weise abbilden. Das hohe Maß an Verant-

wortung, der individuelle Einsatz und die Leistungsbereitschaft von Mitarbeitenden in der Alten- und Krankenpflege ist jedoch viel wert. In der Öffentlichkeit wird dies nur zum Teil wahrgenommen, deshalb ist es dringend erforderlich, das Ansehen der Berufe aufzuwerten. Das Lohnniveau ist ein entscheidender Faktor für die Attraktivität und den gesellschaftlichen Stellenwert eines Berufs. Zudem müssen Beschäftigte von der Vergütung ihr Leben bestreiten können, ohne auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sein zu müssen - gerade auch im Rentenalter. Zur Finanzierung sollen die Beitragssätze in der sozialen Pflegeversicherung und in der gesetzlichen Krankenversicherung angepasst werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Mehrmittel ausschließlich in höhere Gehälter der Pflegenden fließen. **PM □**

Integration:

Wie spät ist es in Neukölln?

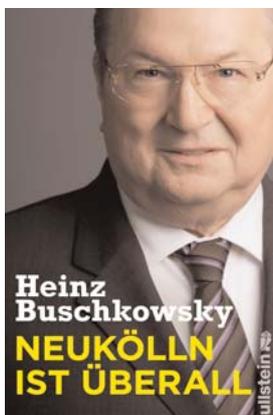
Heinz Buschkowskys 400seitige Bestandsaufnahme der Integrationspolitik

Sein Buch ist wie Neukölln: überall. In Talkshows, in Reportagen. Nur in manchen Buchläden nicht. Denn es hat Lieferengpässe gegeben, nachdem einige wenige Seiten vorab als Auszüge in der BILD-Zeitung veröffentlicht worden sind. Arg verkürzt war da zu lesen, wofür Heinz Buschkowsky im Original 400 Seiten braucht - seine Bestandsaufnahme in Sachen Integrationspolitik (Neukölln ist überall, Ullstein-Verlag, EUR 19,99).

„Armut soll kein Schicksal sein, allenfalls eine schwere Ausgangslage, lautet seine Devise“, so hieß es in der Verlagsankündigung. „Er glaubt, dass man Menschen durch Bildung verändern kann. Und er ist davon überzeugt: Wer gefördert werden will, muss sich an Regeln halten.“

Was da - mit leicht erhobenen Zeigefinger - eher zuversichtlich einher kommt, las sich in den von BILD zusammengestellten Auszügen anders. Auch wenn Heinz Buschkowsky betont, nicht verallgemeinern zu wollen („Ich meine niemals alle Einwanderer...“), vergisst der BILD-Leser das angesichts der als Serie aufgelegten „Bitteren Wahrheiten“ rasch. Die Vorab-Auszüge zeichneten ein düsteres und offenbar auswegloses Bild, belegt mit zahlreichen Beispielen von Regelbrüchen, Gewalt und Einschüchterung aus dem Alltag. Beispiel Sonnenallee: „Wenn Sie als Autofahrer Pech haben, dann hält vor Ihnen in der zweiten Fahrspur jemand an und unterhält sich lautstark mit denjenigen, die dort vor dem Café sitzen und Tee oder Kaffee trinken. Machen Sie jetzt nicht den Fehler zu hupen oder auszusteigen, Sie könnten in eine unangenehme Situation geraten.“ Und Buschkowsky folgert: „Es sind auch keine Exzesse des Augenblicks, sondern es geht für die Platzhirsche immer wieder darum, wohlüberlegt zu demonstrieren, dass die Deutschen ihnen gar nichts zu sagen haben und dass die Regeln ihnen scheißegal sind. Ganz erfolglos sind sie damit auch nicht.“ In so ein Neukölln möchte man nicht geraten. Und da kann auch der Titel „Neukölln ist überall“ nicht gerade zur Beruhigung beitragen.

Die Auswahl der BILD-Zeitung mit ihren „bitteren Wahrheiten“ über Multi-Kulti, das Sozialsystem oder die Schulen hat die Auseinandersetzung mit dem Buch vorab geprägt. Verärgert hat die AG Migration darauf reagiert. „Die beste Bezirkspolitik für Neukölln kann nicht wiedergutmachen, was Heinz Buschkowsky mit seinem Mund einreißt“, so ihr Vorsitzender Aziz Bozkurt.



Heinz Buschkowsky, *Neukölln ist überall* 400 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag 19,99 EUR, ISBN-13: 978355008011

Aber ein den Menschen zugewandter Bezirksbürgermeister wie Heinz Buschkowsky, der mit einem Traumwahlergebnis belohnt wurde, hat mehr zu sagen, als in BILD passt. Die Wirkung der 400 Seiten ist denn auch eine etwas andere als die des Vorabdrucks, der der Auflage genutzt, einer wirklichen gesellschaftlichen Debatte aber eher geschadet haben dürfte. Denn nun gibt es doch wieder die, die glauben, das Buch gar nicht mehr lesen zu müssen und jene, die es kaufen, um sich bestätigt zu sehen.

Im Vorwort nimmt Buschkowsky einen Teil der inzwischen eingetretenen Reaktionen vorweg. Und er beschreibt sich selbst als einen, der unbequem ist, der mit seinen Warnungen mal belächelt, mal ignoriert wird.

Heinz Buschkowsky liebt es zuzuspitzen, das hat ihn zu einem gerngesehenen Gast in Talkshows gemacht. Und so ist auch sein Buch mit Lust an Zuspitzung und geschliffener Formulierung geschrieben. Aber es hat nichts von der kühl-distanzierten Rechthaberei eines Thilo Sarrazin - dem ein sehr nachdenkliches Kapitel gewidmet ist - an sich, es breitet keine kruden Abstammungstheorien aus. Wer Buschkowsky Rassismus vorwirft, mag das an manch einer Verallgemeinerung oder Übertreibung festmachen können, blendet aber die Grundhaltung Buschkowskys aus: das Kümmern und die Sorge um alle, egal welcher Nationalität oder Religion, das Mitgefühl und das Werben um Solidarität in der Gesellschaft.

Heinz Buschkowsky beschreibt auch seine Enttäuschungen. Die betreffen die von ihm ausgemachten Handlungsdefizite der Politik ebenso wie manches persönliche Erlebnis mit Familien oder Jugendlichen, denen er bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder einem Kitaplatz helfen wollte. Viele Angebote wurden schlicht nicht wahrgenommen.

„Wenn ich auch heute wiederhole: ‚Mul-

tikulti ist gescheitert‘, dann heißt das natürlich nicht, dass es keine gelungenen Integrationen in Deutschland gegeben hat“, schreibt Buschkowsky. Aber was ist nun eigentlich gescheitert? Lange Zeit diente der Begriff Multikulti nur dazu, in der Mehrheitsgesellschaft um Akzeptanz für das Miteinander zu werben, etwas Positives aufzuzeigen. Manch einer machte eine Lebenseinstellung daraus. Multikulti ist die Begegnung der Kulturen, die Neugier aufeinander. Heinz Buschkowsky ist ein hervorragendes Beispiel für das Gelingen von Multikulti, weil er die Neugier und Begeisterungsfähigkeit mitbringt, die der Integration gut tut. So, wenn er sich über eine Hindu-Zeremonie freut und schreibt: „Multikulti kann durchaus schön sein.“ (S.112)

Buschkowskys Hauptthema ist aber die misslungene Integration, die es unbestritten auch gibt. Sein Buch gibt Einblicke in Motive und mögliche Ursachen dieses Misslingens - eine Voraussetzung, um etwas dagegen zu unternehmen. Buschkowsky fordert Respekt ein, er fordert Achtung für das Gegenüber und das Wohnumfeld, er fordert Bildungswillen.

Die Sorge, dass etwas entglitten ist, durchzieht das Buch. Neukölln als ein Bezirk, dessen Norden überwiegend von Zuwanderern geprägt ist, steht nach Ansicht Buschkowskys für viele Quartiere in anderen Städten. Da, wo viele Zuwanderer einer Nationalität zueinander gefunden haben, besteht keine Notwendigkeit, noch Deutsch zu sprechen oder sich mit den Regeln dieser Gesellschaft zu befassen. Dabei geht es weniger um die Frage, wer schuld daran ist als darum, ob sich Parallelgesellschaften wieder auflösen lassen.

In Gebieten wie Neukölln liege die Humanressource unserer Gesellschaft, schreibt Heinz Buschkowsky mit Blick auf die demographische Entwicklung. „Im Moment pflegen wir dieses Kapital jedoch nicht.“ Dennoch gibt es auf den 400 Seiten etliche Beispiele engagierter Erzieherinnen und Erzieher, denen es gelingt, Begeisterung bei ihren Schülerinnen und Schülern zu wecken. Buschkowsky berichtet von erfolgreichen Einbürgerungszeremonien als einem wichtigen Bestandteil der Willkommenskultur und von funktionierenden und nicht funktionierenden Integrationsprojekten. Das ist nicht alles neu, muss es auch nicht sein. In der Zusammenschau bleiben viele Erkenntnisse, Anregungen und Anforderungen. Und ein verbindendes Ziel: die Handlungsdefizite in der Integration zu beseitigen. **Ulrich Horb** □

Biographie:

„Sozialismus ist Arbeit“

Persönliches Geschichtsbuch: Helga Grebings Erinnerungen an ihre Jugend in Berlin

Auf dem Umschlagfoto ihres Erinnerungsbandes sieht man Helga Grebing als junge Frau auf einer Parkbank sitzend - lächelnd, vorwärtsschauend, im Hintergrund die Ruinen des Weltkrieges. Es ist ein sehr symbolisches Bild der Historikerin, deren Arbeit darin besteht, Entwicklungen zu beschreiben, Zusammenhänge darzustellen und dennoch nach vorn zu schauen.

Helga Grebings „Erinnerungen an Berlin“ beschreiben ihre Kindheit und Jugend in Berlin-Pankow und Zeuthen. Was den Charme ihres Buches ausmacht und es deutlich von handelsüblichen Erinnerungsbüchern unterscheidet, ist der kenntnisreiche Blick der Historikerin auf die Zeit. So werden persönliche Erfahrungen ihrer Großeltern und Eltern mit wenigen Sätzen in einen sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt. Und auch das Typische der eigenen Erlebnisse wird herausgearbeitet.

Grebing, 1930 geboren, wächst hinein in die Zeit des Nationalsozialismus, in seine Strukturen. „Die Jahrgänge 1929/30 hatten früheren und späteren Alterskohorten einiges voraus“, stellt sie fest. „Sie standen an der Schwelle zum Erwachsensein und



Helga Grebing, *Freiheit, die ich meinte: Erinnerungen an Berlin*, Verlag für Berlin-Brandenburg, 2012, 176 Seiten, 19,95 EUR, ISBN-10: 3942476398

konnten deshalb einerseits das Ende des ‚Dritten Reichs‘ - Zerstörung, Massenelend, sinnlose Fortführung des Krieges - mit klarem Verstand wahrnehmen, waren aber andererseits noch zu jung, um im strafrechtlichen und moralischen Sinne schuldhaft in die Handlungen des nationalsozialistischen Terrorregimes verstrickt zu sein.“

Helga Grebing kann sich neben ihren Erinnerungen häufig auf Notizen und Tagebucheinträge stützen, sie berichtet ungeschönt von ihren Erwartungen, von ihren Zweifeln. Und von den Schwierigkeiten, aber auch den Möglichkeiten, an Informationen zu kommen, etwa über den Radiosender BBC.

Schon vor dem Kriegsende beginnt ihr Nachdenken und die vorsichtige Distanzierung vom Engagement im BDM. 1947 wendet sich die Absolventin der Arbeiter- und Bauernfakultät der Humboldt-Universität von einem weiteren System ab - dem der SED. Sie tritt im Januar 1948 in Pankow in die SPD ein und wechselt von der Ost-Berliner Humboldt-Universität zur neugegründeten - und auch von ihr geforderten - West-Berliner Freien Universität. Freiheit, die sie meinte. Ihre Dissertation widmet sie der Frage, wie es zur nationalsozialistischen Diktatur kommen konnte.

Es folgten u.a. Stationen in München und Göttingen, ehe sie 2008 nach Berlin zurückkehrte. Dass der Kindheitstraum, Professorin werden zu wollen, tatsächlich eines Tages in Erfüllung gehen konnte, schien anfangs fast undenkbar. Die Befreiung 1945 hat neue Chancen eröffnet, die Helga Grebing mit viel Arbeit genutzt hat. Der letzte Satz ihres Buches lautet daher nicht ganz überraschend: „Da ich dabei bleibe, dass Sozialismus Arbeit ist, arbeite ich eben weiter und kann so auch noch ein wenig weiterleben, und dies manchmal ganz vergnügt und gelegentlich sogar unbeschwert.“ **uh** □

Nie wieder Krieg

Aus der Geschichte der Sozialistischen Jugendinternationale

Es war der 24. August 1907, vier Uhr nachmittags. Damals, vor 105 Jahren, kamen 20 Delegierte aus 13 Nationen zusammen, um den Vorläufer der heutigen sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) zu gründen.

Ein wichtiger Motivationsstrang der verschiedenen Jugendverbände zur Zusammenarbeit war der Kampf gegen den wachsenden Militarismus. Zu diesem Themenkomplex fand 2007 eine Tagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung statt. Beiträge dieser Konferenz hat Alexander J. Schwitanski jetzt als Herausgeber in einem Aufsatzband vereint, gedacht auch als Anregung zur weiteren Forschung.

Antimilitarismus war unterschiedlich stark in den nationalen Verbänden ausgeprägt, Und er war auch unterschiedlich erfolgreich in einer Zeit der Kriegsbegeisterung vor dem Beginn des 1. Weltkriegs. Die Arbeiterjugendorganisationen folgten dem Kurs ihrer Mutterparteien. In Deutschland stimmte die Sozialdemokratie, so Wolfgang Uellenberg-van Dawen in seinem Aufsatz „den von der Reichsregierung



Alexander J. Schwitanski (Hrsg.) *„Nie wieder Krieg!“ Antimilitarismus und Frieden in der Geschichte der Sozialistischen Jugendinternationale Archiv der Arbeiterjugendbewegung, Schriftenreihe, Band 21* 136 Seiten, Abb., 19,95 EUR, ISBN: 978-3-8375-0744-7

geforderten Kriegskrediten zu, aus Angst vor der Verfolgung und Zerschlagung, aber auch aus der ihnen von der Reichsregierung vermittelten Erkenntnis, dass es sich um einen Verteidigungskrieg gegen Rußland handele“.

Uellenberg-van Dawen beschreibt die Konflikte und Entwicklungen in der internationalen sozialistischen Arbeiterjugendbewegung bis zum Jahr 1939 und macht dabei auch die Abhängigkeiten deutlich, seien es Auseinandersetzungen während des spanischen Bürgerkriegs, das Mütche-

ner Abkommen oder die Haltung der Sowjetunion.

Gerd-Rainer Horn beschreibt in seinem Beitrag die Krise der Sozialistischen Jugendinternationale 1934-36, als die Niederlagen der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich zur Frage nach neuen Bündnissen führte. Guido Grünwald befasst sich mit der deutschen Friedensbewegung zwischen 1900 und 1933 im europäischen Kontext. Schwitanski schließlich greift exemplarisch einen Konflikt aus der Zeit des Kalten Kriegs auf: 1967 wurde öffentlich, dass der US-Geheimdienst CIA über Stiftungen politischen Einfluss auf Organisationen zu nehmen versuchte. Für die Sozialistische Jugendinternationale war die Annahme amerikanischer Gelder damit nicht mehr opportun, finanzielle Schwierigkeiten führten dennoch zum erneuten Vorwurf einer Kooperation mit der CIA und der Frage der Beeinflussbarkeit.

Es sind spannende Ausschnitte aus der Geschichte der IUSY, die Arbeitsbedingungen, Entwicklungen und Konflikte aufzeigen. **uh** □

Erinnerung:

Im Zweifel für die Freiheit

Gedenkveranstaltung zum 20. Todestag von Willy Brandt

Mit einer Gedenkveranstaltung erinnern die Sozialdemokratische Partei und die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung am 8. Oktober an den 20. Todestag von Willy Brandt. Vorgestellt wird dort zugleich das jetzt im Bonner Dietz-Verlag erschienene Buch „Im Zweifel für die Freiheit“ mit Reden Willy Brandts zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte.

Die Erinnerung an Willy Brandt ist in Berlin lebendig geblieben, er hat die Stadt als Regierender Bürgermeister geprägt, er war bei ihr beim Mauerbau und beim Mauerfall. Von 1969 bis 1974 war er der erste sozialdemokratische Bundeskanzler, geehrt mit dem Friedensnobelpreis, 1976 trat er an die Spitze der Sozialistischen Internationale.

Am 8. Oktober jährt sich Brandts Todestag zum 20. Mal, im kommenden Jahr wäre am 18. Dezember sein 100. Geburtstag. Der Bonner Dietz-Verlag legt jetzt einen mehr als 800 Seiten starken Band mit ausgewählten Reden Brandts vor.

„Brandts Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte sind sehr persönliche Beiträge zur Aufklärung der Vergangenheit und eröffnen neue Einblicke in sein Denken“, so der Verlag. „Er begründet in diesen historischen Rückblicken und Reflexionen seine demokratischen Grundüberzeugungen und seine emanzipatorischen Zielvorstellungen. Und er bedenkt die persönlichen Einsichten, die er



Willy Brandt
Im Zweifel für die Freiheit
Reden zur sozialdemokratischen
und deutschen Geschichte
Herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven



„Im Zweifel für die Freiheit“:

Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte. herausgegeben von Klaus

Schönhoven,
864 Seiten

Verlag: Dietz,
Bonn (Oktober
2012)

ISBN-10:
380120426X

im Laufe seines langen Lebens gewonnen hat.“

Erklärte Absicht der Edition ist es, neue Einblicke in das Selbstverständnis Brandts zu liefern. Sie dokumentiert, wie intensiv und kritisch Brandt sich mit den einzelnen Etappen der sozialdemokratischen Parteigeschichte auseinandergesetzt hat und wie sehr die Demokratie- und Diktaturerfahrungen Deutschlands im 20. Jahrhundert sein eigenes Handeln als Politiker geprägt haben. **BS** □

➔ Gedenkveranstaltung am 8. Oktober 2012 um 18 Uhr (Einlass ab 17 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin, Anmeldungen bis 4. Oktober per Mail: info@willy-brandt.de, Tel. 030-787707-0. Bitte bringen Sie einen Lichtbildausweis mit.



Stolpersteine:

SPD Schillerpark ehrt Widerstandskämpfer

Die SPD Schillerpark hat die Patenschaft für zwei neue Stolpersteine im Abteilungsbereich übernommen. Sie werden am 23. Oktober verlegt. Einer der Steine erinnert an den Widerstandskämpfer Willy Sachse und wird um 16.10 Uhr vor dem Haus Corker Str. 29 (früher Haus-Nr. 6) in den Boden gelassen, der zweite wird zu Ehren von Kiwe Wild um 16.30 Uhr vor dem Haus Barfusstr. 11 (früher Haus-Nr. 16) gelegt.

Im Bereich der Abteilung Schillerpark liegen einige Stolpersteine, die SPD-Mitglieder auch schon mehrmals in Putzaktionen gesäubert haben. Alle diese Steine liegen im südlichen Abteilungsbereich, nördlich der Seestraße wurde bisher nicht ein einziger Stein verlegt. Daraus entstand 2010 die Initiative der SPD Schillerpark, die jetzt zur Ehrung von Sachse und Wild führte.

Mit Hilfe des damaligen Koordinators Wilfried Burkard und mit dem Autor einiger Bände der Schriftenreihe „Widerstand in Berlin von 1... bis 1...“, Hans-Rainer Sandvoß hat sich der Abteilungsvorstand im März letzten Jahres dann dafür entschieden, die Patenschaft für die zwei Stolpersteine zu übernehmen. **PM** □

Porträt:

„Unersetzlich für die SPD“

Zum 90. Geburtstag von Kurt Neubauer

Er hat das Berlin der Nachkriegszeit und die Berliner SPD maßgeblich mitgeprägt: Am morgigen Sonntag feiert der ehemalige Berliner Senator Kurt Neubauer seinen 90. Geburtstag.

Neubauer, der nach der Mittleren Reife zum Feinmechaniker ausgebildet worden war, hatte Arbeitsdienst, Wehrmacht und Kriegsgefangenschaft hinter sich, als er 1946 nach Berlin zurückkehrte und in die SPD eintrat. Ab Januar 1947 war er hauptberuflich für die SPD als Jugendsekretär tätig, dann als Vorsitzender und politischer Sekretär des Kreises Berlin-Friedrichshain der SPD. Ab 1950 war er Mitglied des Landesvorstands.

„Der große Umbruch 1957/58, der den Weg von Franz Neumann zu Willy Brandt ebnete, sah ihn als einen der zentralen Or-

ganisatoren“, schrieb Klaus Riebschläger anlässlich des 75. Geburtstages von Kurt Neubauer 1997 in der Berliner Stimme. „Der Mann, dem alles Dogmatische fremd war, wurde nun für seine innerparteilichen Widersacher zum Inbegriff des ‚Rechten‘. Er trug das mit der ihm eigenen Gelassenheit, gab er doch nie nach, wenn er von einer Position überzeugt war.“

Von 1952 bis 1963 vertrat Neubauer Berlin im Deutschen Bundestag. Aufgrund alliierter Vorschriften wurden damals in Berlin die Bundestagsabgeordneten nicht direkt gewählt, sondern vom Abgeordnetenhaus bestimmt. Der Friedrichshainer war mit der in Weißensee lebenden Margarete Berger-Heise der einzige Bundestagsabgeordnete mit Wohnsitz im sowjetischen Sektor. Erst mit dem Mauerbau, der die Ar-

beit der SPD in Ost-Berlin beendete, wechselte er nach West-Berlin.

1963 wurde er zum Senator für Jugend und Sport gewählt, im April 1967 übernahm er das Ressort Soziales, Gesundheit und Sport, ein halbes Jahr später wurde er im Senat seines Weggefährten Klaus Schütz Innensenator. „Kurt Neubauers Persönlichkeit versöhnte SPD-ferne Kräfte wie die Polizei mit der SPD“, so Klaus Riebschläger. Das Amt hatte Kurt Neubauer bis 1977 inne - dann führte die verspätete Zahlung eines Aufsichtsratsalters an die Landeskasse zu seinem Rücktritt.

„Ich habe Kurt Neubauer für die Berliner SPD immer für unersetzlich gehalten. Er hat keinen Nachfolger gefunden“, so Klaus Riebschläger 1997 über den vielgefragten Zeitzeugen. **BS** □

Welches Europa wollen wir ?

Diskussion mit Herta Däubler-Gmelin

„Welches Europa wollen wir?“ Diese Frage soll am Dienstag, dem 9. Oktober 2012 ab 19.30 im Abgeordnetenhaus diskutiert werden.

Die Krise in der Euro-Zone wird in den Medien und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit und Schulden in betroffenen europäischen Staaten werden die Sparmaßnahmen der europäischen Union in Frage gestellt. Der Ruf nach neuen Institutionen zur Bekämpfung der Finanzkrise sowie mehr Verantwortung in Hinblick auf Börsenspekulationen wird laut. Auch in Deutschland steht der Sinn und Zweck einer europäischen Union bei Teilen der Bevölkerung in Zweifel. Welche Rolle spielt das Volk in der europäischen Union und zu wessen Lasten geht eine sol-

che Krise? Welche Ausmaße sind noch zu erwarten für die europäischen Staaten?

Diese und weitere Fragen werden auf Einladung des rechtspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Sven Kohlmeier, mit Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin der Justiz a.D. diskutiert. Sie hat 1999 die EU-Grundrechtscharta mit auf den Weg gebracht. Sie hat zurzeit die Verfassungsbeschwerde von circa. 30.000 Beschwerdeführer/-innen und der Bürgerinitiative „Mehr-Demokratie e.V.“ in Karlsruhe vertreten. Neben wichtigen Klarstellungen bei der Frage einer Haftungsbegrenzung nach dem ESM führte die Verfassungsbeschwerde zu weiteren Klarstellungen bei den Informationsrechten des Bundestages und Bundesrates. **BS □**

AfA-Diskussion: Scheitert der Euro?

Scheitert der Euro? Bricht die EU auseinander? Diese Frage steht im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung am 19. Oktober. Klaus Barthel, MdB und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, sowie Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, werden über die Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie debattieren.

Der SPD Kreisvorstand Charlottenburg-Wilmersdorf, die AfA-Charlottenburg-Wilmersdorf und der AfA-Landesvorstand Berlin laden herzlich dazu ein. **BS □**

Die Veranstaltung findet statt am 19. Oktober 2012 um 17 Uhr im BVV-Saal, 3. OG, des Wilmersdorfer Rathauses, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin.

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

■ 30.09.2012, 19:00 ASF- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Reinickendorf, „Frauen in Bewegung“ Diskussion mit Dilek Kolat und Dr. Eva Högl, im Roten Saal des „Piazza Rossa“, Rathausstr. 14, 10178 Berlin

■ 01.10.2012, 19:00, **Stammtisch der Spandauer Schwusos**, zu Gast: MdB Swen Schulz, Café Barfly, Brüderstr. 47, 13595 Berlin

■ 02.10.2012, 19:00, **Mitgliederversammlung der Neuköllner Schwusos**, Brauhaus Rixdorf, Nebenzimmer, Glasower Straße 27, 12051 Berlin

■ 02.10.2012, 19:30 Uhr: SPD Lichtenfelde Ost und Süd, **Abteilungs koordinierung** im Restaurant „Kastanie“, Ferdinandstraße 15, 12209 Lichtenfelde-Ost

■ 04.10.2012, 18:00 Uhr: AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf und „AG Migration goes cinema“, **Besuch des Kinofilm „Parada“**. Das Kino und die Uhrzeit werden noch bekannt gegeben. Anmeldungen bei GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

■ 06.10.2012, 14:00 Uhr, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichtenfelde Ost und Süd „Lichtenfelde Miteinander“: **Rad-Tour zu den Stationen der Verkehrsgeschichte in Lichtenfelde Ost und Süd**. Informationen und mehr mit Stefan Czernkowski, Verkehrsexperte der SPD. Treffpunkt: Haupteingang des Bahnhofes Lichtenfelde-Ost an der Lankwitzer Straße

■ 08 Oktober 2012, 17:00 - 18:30 Uhr **Kommunalpolitische Sprechstunde mit Alexander Ewers**, Reinickendorfer Bezirksverordneter und Vorsitzender der SPD Lübars-Waidmannslust-Wittenau, Buchhandlung „LeseLust“, Waidmannslust Damm 181, 13469 Berlin).

■ 09.10.2012, 16:30, Arbeitsgemeinschaft 60 plus in Berlin NordOst, **Bürger/innen-Gespräch mit Dr. Jan Stöß und Angelika Graf**, Restaurant der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg, Gürtelstr. 33, 10409 Berlin (S Bahnring Greifswalderstraße dann M4 Richtung Weißensee Station Ostseestraße/ Greifswalder Straße)

■ 09.10.2012, 19:30, Sven Kohlmeier / ASJ-Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer JuristInnen, **Welches Europa wollen wir?** Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 376, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin (s.S.14)

■ 13.10.012, 10:00 Uhr: SPD Abteilung Lichtenfelde Ost und Süd, „Im Gespräch mit den Menschen“ - Informationsstand am Kranoldmarkt in 12209 Lichtenfelde-Ost

■ 14.10.2012, 10:00, SPD-Fraktion Treptow-Köpenick, **„Kultur in Berlin und Treptow-Köpenick: Da kann man nicht meckern“** - Politischer Frühschoppen, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin. Mit André Schmitz, Kulturstaatssekretär sowie Bezirksbürgermeister Oliver Igel und MdB Karlheinz Nolte. Unter den Gästen wird ein Kulturführer Ber-

lin verlost.

■ 16.10.2012, 19:30, **Wolfgang Thierse trifft ... Friedrich Dieckmann**, Soda-Salon/Club in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin

■ 16.10.2012, 19:00, SPD Oberschöneweide, **„Im Zweifel für die Freiheit“ Lesung zum 20. Todestag von Willy Brandt**, Zentrum für Demokratie, Michael-Brückner Str.1, 12489 Berlin

■ 16.10.2012, 19:30 Uhr: SPD Lichtenfelde Ost und Süd, **„Zehn Jahre Agenda 2010 - Fluch oder Segen?“** - öffentliche Mitgliederversammlung im „Reinhold-Voht-Haus - Soziale Dienste“, Osdorfer Straße 121, 12207 Lichtenfelde-Süd

■ 17.10.2012 AFB-Arbeitsgemeinschaft für Bildung **Neue Perspektiven der LehrerInnen-Ausbildung in Berlin**, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, Goethestr. 15, 10625 Berlin. Es referiert Mike Nové, Vorsitzender der AFB Mitte und stellvertretender Landesvorsitzender der AFB Berlin sowie Experte für Lehrer/Innen-Bildung.

■ 17.10.2012, 18:30 - 20:30, Ole Kreins, MdB / **Fachausschuss Mobilität, Vorstandswahl**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 18.10.2012, 19:00 „... und plötzlich hatten wir eine Krise“ - **Vortrag und Diskussion zu den Themen Wirtschaftskrise, Eurokrise und Staatsverschuldung**, Zentrum für Demokratie, Michael-Brückner Str.1, 12489 Berlin. Mit MdB Lothar Binding, Finanzexperte der SPD-Bundestagsfraktion, moderiert von Oliver Igel, Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenick.

■ 18.10.2012, 18:30, **Öffentliche Mitgliederversammlung der AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf**, SPD-Kreisbüro Steglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249 Berlin

■ 19.10.2012, 17:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf + Afa, Rathaus Wilmersdorf, **Diskussion: Scheitert der Euro?** Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin (s. S. 14)

■ 19.10.2012, 16:30 - 20:00, SPD Berlin, **Partizipation und digitale Teilhabe in der sozialen Stadt**, GLS Sprachenzentrum, Kastanienallee 82, 10435 Berlin. Anmeldung: www.spd-berlin.de/dialogforum (s. auch BS 17)

■ 22.10.2012, 18:00, **BVV-Fraktion vor Ort: „Lokale Agenda 21- Nachhaltigkeit in Treptow-Köpenick heute.“**, Agenda 21 Büro, Haus der Nachhaltigkeit Treptow-Köpenick, Rudower Straße 51, 12557 Berlin

■ 23.10.2012, 19:30, **Wolfgang Thierse trifft ... Adolf Muschg**, Soda-Salon/Club in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin. Gast ist diesmal der Schweizer Schriftsteller und Dichter sowie Mitglied der Akademie der Künste Berlin, Adolf Muschg. Im Herbst 2012 erscheint sein Roman: Löwenstern. Der Eintritt ist frei.

■ 27.10.2012, 9.00, **Landesparteitag der Berliner SPD**, BCC Berlin, Alexanderstr. 11, 10178 Berlin

Ausbildung bei der Berliner SPD

Die Berliner SPD bietet wieder einen Ausbildungsplatz an.

Zum 1. Februar 2013 bietet die Berliner SPD einen Ausbildungsplatz „Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation“ an.

Einstellungsvoraussetzungen sind: sehr guter mittlerer Schulabschluss, Fachhochschulreife oder Abitur, sehr gute Rechtschreibkenntnisse, Teamgeist und Interesse an der Arbeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bewerbungen bis zum 15.10.2012 bitte per Post mit Lebenslauf und Passfoto an den SPD-Landesverband Berlin, Frau Yvonne Opprower, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

Seminar der SGK Berlin zum Baurecht

Die SGK Berlin e.V. bietet insbesondere für die Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten in den Bau- und Stadtentwicklungsausschüssen der Bezirke, aber auch für Mitglieder des Abgeordnetenhauses und alle anderen Interessierten eine Einführung in das Baurecht an.

Dargestellt werden zum einen Fragen des Bauplanungsrechts, wie Formen der Bauleitplanung, Ablauf des Bebauungsplanverfahrens und Inhalte des Bebauungsplans. Dabei soll auch die Rolle der BVV in der Bauleitplanung beleuchtet werden. Zum anderen wird ein Überblick über das Bauordnungsrecht (z.B. Genehmigung von Bauvorhaben und Eingriffsbefugnisse der Bauaufsicht) gegeben. Die erforderlichen Materialien werden gestellt.

Das Seminar wird geleitet von Rainer Hampel, Bezirksstadtrat a.D., und Robert Wolf, Rechtsassessor und Bezirksverordneter. Es findet am Sonnabend, den 20.10.2012 in der Zeit von 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, statt.

Für Mitglieder der SGK Berlin e.V. ist das Seminar kostenfrei. Bei Nichtmitgliedern wird ein Unkostenbeitrag von 5 € erhoben, der vor Ort in bar eingesammelt wird. Wer spätestens zu Beginn des Seminars seinen Beitritt zur SGK Berlin e.V. erklärt, zahlt ebenfalls keinen Beitrag.

Verbindliche Anmeldungen mit Angabe von Namen, Adresse, Mail-Adresse sowie ggf. SGK-Mitgliedschaft bitte bis zum 9.10.2012 per Brief an: SGK Berlin e.V., Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Per Mail: sgk-berlin@web.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Artefakt und Natur

Kulturforum zeigt Arbeiten von Alessandro und Erdmute Carlini

Das Kulturforum Stadt Berlin eröffnet seine nächste Ausstellung in der Galerie im Kurt Schumacher Haus am **Mittwoch, dem 10. Oktober 2012 um 18h30** mit Bildern der Berliner Architekten und Künstler **Alessandro Carlini und Erdmute Carlini**. Sie zeigen einen Weg zum Nachdenken über die Beziehung von Artefakt und Natur.

Artefakt steht für das von Hand und Kopf Gemachte, Natur für das spontan Entstehende, jedoch vom Menschen Angeeignete, Gelenkte und Gestaltete. Architektur und Landschaft werden in den gemeinsamen Bildern der Carlinis zusammengebracht: im Dialog, in Spannung und Kontrast. Sie zeigen realisierbare Visionen und Utopien der modernen gebauten Welt, Architekturräume, Stehendes, Schwebendes, Liegendes, verspielt Gebautes.

Alessandro Carlini kommt aus den italienischen Abruzzen, Erdmute Carlini aus Schlesien: sie lassen Mittelmeer und mär-



Architektur und Landschaft: Ausstellungseröffnung ist am 10. Oktober.

kisches Flachland miteinander verschmelzen. **Winfried Sühlo** □

➔ Ausstellung „Architektur und Landschaft“, Eröffnung 10. Oktober, 18.30 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Die Galerie ist vom 11. - 26. Oktober montags bis freitags von 15 bis 18h geöffnet.

Zwei Meister der Polit-Satire

Klaus Staeck und Ernst Volland im Willy-Brandt-Haus

„Kunst und Politik - Arbeiten aus vier Jahrzehnten“ zeigen zwei renommierte politische Künstler ab **2. Oktober: Klaus Staeck und Ernst Volland**. Im **Willy-Brandt-Haus** stellen sie **erstmalig gemeinsam** aus.

Beide Künstler arbeiten seit Ende der 1960er Jahre mit den Mitteln der politischen Satire, Fotomontage und kritischen Grafik. Sie mischten sich in Wahlkämpfe ein, setzen Ungerechtigkeiten und Absurditäten ins richtige Bild. Immer wieder wurden Plakate von ihnen zensiert oder Ziel juristischer Auseinandersetzungen.

Klaus Staeck, inzwischen Präsident der Akademie der Künste, hat mehr als 300 sa-

tirische Plakate, zahlreiche Postkarten und Aufkleber entworfen. Ernst Volland zeichnete angeregt durch die 68er Bewegung Karikaturen und produzierte im Eigenvertrieb bis zum Ende der 1980er Jahre kritische Plakate. Seitdem entwirft er großformatige Werke, deren erste Serie er „Eingebrannte Bilder“ betitelte. **PM** □

➔ Eröffnung: Dienstag, 2. Oktober 2012, 19:30 Uhr, mit Frank-Walter Steinmeier und Bernd Hüppauf, Professor em. für Literaturtheorie und Kulturgeschichte der New York Universität, Ausstellung bis 11. November 2012, Dienstag bis Sonntag, 12 bis 20 Uhr; Eintritt frei, Personalausweis erforderlich.

KULTURTIPPS

„Kultur in Berlin und Treptow Köpenick - Da kann man nicht meckern“. Unter diesem Motto findet der nächste sonntägliche Frühschoppen der SPD Treptow-Köpenick am 14. Oktober statt. Prominenter Gast ist der Staatssekretär für kulturelle Angelegenheiten, André Schmitz. Bezirksbürgermeister Oliver Igel und der Abgeordnete Karlheinz Nolte begleiten die Diskussion und stellen sich den Fragen aus dem Publikum. Unter den Gästen wird ein Berliner Kulturführer verlost. **PM** □

➔ 14.10.2012 von 10-12 Uhr im Ratskeller Köpenick.

Fotoausstellung „Fischland - Darß - Zingst“. Siegfried Scheffler, früherer Bundestagsabgeordneter in Treptow-Köpenick, hat nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag die Muße und Ruhe gefunden,



Landschaft an Ostsee und Bodden: Motiv aus der Fotoausstellung von Siegfried Scheffler.

einige Ausstellungen mit seinen Fotoarbeiten zu organisieren. Die Fotoausstellung „Fischland - Darß - Zingst: Eine Landschaft an Ostsee und Bodden“ ist ab Ende Oktober in der Galerie Kunst trifft Politik im SPD-Büro in der Grünauer Str. 8 in 12557 Berlin bis zum Ende des Jahres zu sehen.

➔ Die Vernissage findet am Freitag, dem 26.10.2012 um 18 Uhr statt. Gäste sind herzlich willkommen. Öffnungszeiten: Di 14-18 Uhr, Mi-Fr 10-12 Uhr, Do 13-15 Uhr.